

Bremen, 28. Mai 2021

Klimaschutz: Bremer Stahlwerk auf der Erfolgsspur

**Sieling: „Umstellung des Stahlwerks ist größter Brocken auf dem Weg zur Klimaneutralität – und sichert tausende von Arbeitsplätzen“**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat die Aufnahme des Bremer Stahlwerks von Arcelor Mittal in das Förderverfahren von Wasserstofftechnologien durch das Bundeswirtschaftsministerium als „Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität in Bremen“ bezeichnet.

„Das ist eine große Chance für unser Land bei der industriellen Umstellung auf erneuerbare Energien“, betonte Carsten Sieling, der für die SPD-Fraktion in der Klima-Enquete der Bürgerschaft als stellvertretender Vorsitzender vertreten ist. „Mit diesem Vorhaben geht es um nichts weniger als um die massive Verringerung von klimaschädlichen Emissionen bei uns – und zwar auf Dauer“, so Sieling. „Klar ist: Grüner Wasserstoff ist die erfolgversprechendste Energiequelle der Zukunft. Für das Ziel einer deutlichen CO<sub>2</sub>-Minderung ist die Umstellung des Stahlwerks der größte Brocken. Dieses Vorhaben hat einen weit stärkeren Effekt auf dem Weg zur Klimaneutralität als die meisten anderen Sektoren und bringt auch deutlich mehr als eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen. Darüber hinaus ist die Stahlproduktion von hoher regionalwirtschaftlicher Bedeutung und sichert tausende von Arbeitsplätzen und das Einkommen für eine Vielzahl von Familien.“

Bei dem betreffenden Förderverfahren – „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) – konnten Unternehmen bis Mitte Februar beim Bundeswirtschaftsministerium ihre möglichen Investitionsprojekte im Bereich Wasserstofftechnologien als Interessenbekundung einreichen. Im Antrag von Arcelor Mittal Bremen ging es dabei um die schrittweise Ablösung eines heute noch mit Koks betriebenen Hochofens durch eine so genannte Direktreduktionsanlage (DRI-Anlage), die aus Eisenerz Eisenschwamm macht sowie eine elektrische Schrottschmelze. Die DRI-Anlage soll zunächst mit Erdgas und später mit grünem, also klimaneutralem Wasserstoff betrieben werden, der über eine Elektrolyse gewonnen wird. Das erklärte Ziel ist eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 Prozent bis 2030 und eine klimaneutrale Stahlproduktion bis 2050.

Mitentscheidend sei nun im Hinblick auf die nächste Stufe des Förderverfahrens, den Umstellungsprozess durch den Senat weiter aktiv zu begleiten und auch die erforderliche Infrastruktur von staatlicher Seite konsequent auszubauen, erklärte Sieling. Dabei gehe es insbesondere um notwendige Instandsetzungen der norddeutschen Gas- und Stromleitungen. „Hier sind alle Bremer Akteure auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gefordert.“